

N i e d e r s c h r i f t

**über die öffentliche Sitzung des
Planungs- und Umweltausschusses
am Donnerstag, dem 23.03.2017
im Sitzungszimmer 2.5 / 2.6**

<u>Beginn:</u> 17.30 Uhr	<u>Ende:</u> 19.50 Uhr
---------------------------------	-------------------------------

Anwesend:

Ratsfrau / Ratsherr

Frau Helga Bühse
Frau Franka Dannheiser
Herr Jan Hinrich Köster – ab 17.35 Uhr
Frau Heidemarie Stephan
Herr Axel Westphal

Bürgerschaftsmitglieder

Frau Vera Böge
Herr Andreas Gärtner
Herr Thomas Michaelis
Herr Dr. Wolfgang Stein

Von der Verwaltung

Herr Thorsten Kubiak
Frau Ute Spieler
Herr Bernd Heilmann
Herr Lennart Grabandt
Herr Heinz Peters

Außerdem anwesend

Herr Dewald
Herr Holtz
Frau Klein
Herr Schaks
Herr Radestock
Herr Ketelhut
Herr Kleve
Frau Nitschke
Herr Ziehm
Bis zu ca. 10 ZuhörerInnen

Entschuldigt:

Frau Elke Christina Roeder
Herr Thomas Krampfer

Tagesordnung:

Öffentlicher Teil

1. Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
 2. Genehmigung der Tagesordnung
 3. Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 02.02.2017
 4. Information über die am 02.02.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
 5. Einwohnerfragestunde
 6. Anträge und Anfragen
 7. Fortschreibung der Zuständigkeitsordnung
Vorlage: 0912/2013/DS
 8. Stadtumbau West "Messeachse"
 - Stellungnahme zur Erweiterung der Serviceeinrichtung im Güterbahnhof Neumünster zum KV-Terminal
 - SachstandsberichtVorlage: 0933/2013/DS
 9. 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 116 "Industrie- und Gewerbegebiet an der Südumgehung"
 - Billigung des geänderten Entwurfes
 - Beschluss über Stellungnahmen
 - SatzungsbeschlussVorlage: 0935/2013/DS
 10. Umsetzung des Innenstadtkonzeptes
 - UmsetzungsberichtVorlage: 0936/2013/DS
 11. Änderung der Straßenbaubeitragssatzung der Stadt vom 07.06.2012
 - Beschlüsse der Ratsversammlung vom 26.04.2016 (Vorlagen 0270/2013/An und 0275/2013/An)Vorlage: 0803/2013/DS
 12. Dringliche Vorlagen
 13. Mitteilungen
- Verzeichnis der Straßenkategorien in Neumünster (Hauptverkehrsstraßen, Haupterschließungsstraßen, Anliegerstraßen) und Übersicht zu den Anregungen der Stadtteilbeiräte zu diesem Verzeichnis
- 13.1 Vorlage: 0436/2013/MV
- Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein 2010 und Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I bis III (jeweils Sachthema Windenergie)
- 13.2 Vorlage: 0421/2013/MV
- Fortschreibung des Landesweiten Radverkehrsnetzes
- 13.3 Vorlage: 0435/2013/MV

1 .	Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit
-----	---

Herr Westphal als Vorsitzender des Planungs- und Unterausschusses begrüßt die Teilnehmer/Innen dieser Sitzung und stellt die Ordnungsmäßigkeit sowie die Beschlussfähigkeit fest.

2 .	Genehmigung der Tagesordnung
-----	------------------------------

Frau Bühse beantragt, die Tagesordnungspunkte 13.1 sowie 13.2 zu „ordentlichen Tagesordnungspunkten“ zu erklären. Sodann wird die Tagesordnung in der vorgelegten Form einstimmig genehmigt.

3 .	Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 02.02.2017
-----	---

Herr Michaelis beantragt die Änderung des Protokolls zu TOP 10 – 0889/2013/DS „Umsetzung des Innenstadtkonzeptes“ – richtig müsse es dort zu „e.“ heißen:

„Prüfung der kompletten Neupflasterung der Platzfläche mit dem vorhandenen Großpflaster allerdings mit geschliffenem Kopf und begradigten Seitenkanten.“

Der Protokolländerung wird einstimmig zugestimmt.

Frau Dannheiser beantragt die Änderung des Protokolls zu TOP 18. „Nutzungsvorschläge für das Grundstück Slevogtstraße 31 im Bereich des Bebauungsplanes Nr. 88 - Ruthenberg“ – 0882/2013/DS - richtig müsse es dort heißen:

„Der Planungs- und Unterausschuss befürwortet *den Prüfauftrag* für das Grundstück Slevogtstraße 31 mit der Zielrichtung *einer seniorengerechten Betreuungs- und gleichzeitiger Jugendeinrichtung* zu erarbeiten.“

Die Protokolländerung wird mit 6-Nein-Stimmen und 3-Ja-Stimmen abgelehnt.

Sodann wird die Niederschrift in der nunmehr geänderten Form bei 3 Enthaltungen angenommen.

4 .	Information über die am 02.02.2017 unter Ausschluss der Öffentlichkeit gefassten Beschlüsse
-----	---

Der Ausschussvorsitzende teilt mit, dass in dem unter Ausschluss der Öffentlichkeit durchgeführten Teil der Sitzung am 02.02.2017 der Beschluss zur Vorlage 0389/2013/MV „Sportentwicklungsplanung – Projekt ‘Rund um den Stadtwald’“ gefasst wurde.

5 .	Einwohnerfragestunde
-----	----------------------

Es liegen keine Einwohnerfragen vor.

6 .	Anträge und Anfragen
-----	----------------------

Es liegen keine Anträge oder Anfragen vor.

7 .	Fortschreibung der Zuständigkeitsordnung Vorlage: 0912/2013/DS
-----	---

Auf Anregung von Frau Bühse möge die Verwaltung prüfen, ob der § 8 a der Zuständigkeitsverordnung (0912/2013/DS) – ausgenommen sind Bau- und Raumprogramme für Kindertagesstätten, Schulen und vergleichbarer Einrichtungen – mit dem Ratsbeschluss der Haushaltsberatungen vom Dezember 2016 übereinstimmt.

Als endgültig entscheidende Stelle für Raumprogramme von Kitas, Schulen und dergleichen sei die Ratsversammlung zuständig.

Beschluss:

Die anliegende Zuständigkeitsordnung wird beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

8 .	Stadtumbau West "Messeachse" - Stellungnahme zur Erweiterung der Serviceeinrichtung im Güterbahnhof Neumünster zum KV-Terminal - Sachstandsbericht Vorlage: 0933/2013/DS
-----	---

Herr Westphal zitiert einleitend nachfolgenden Beschluss des Hauptausschusses vom 14.03.2017:

„Es hat eine Fristverlängerung zur Abgabe der Stellungnahme im Planfeststellungsverfahren gegeben. Somit kann die Beratungsfolge dahingehen geändert werden, dass der Planungs- und Umweltausschuss in seiner Sitzung am 23.03.2017 endgültig entscheidet. Der HA hat entsprechend entschieden.
Zudem sind die betroffenen Stadtteilbeiräte zu beteiligen. Da die Frist nur bis zum 27.03. verlängert wurde, würden dazu „Sondersitzungen“ erforderlich!“

Anschließend stellt Herr Heilmann die Planungen, die zuvor den entsprechenden Stadtteilbeiräten in einer gemeinsamen Sitzung ebenfalls vorgestellt wurden, via Bildschirmpräsentation vor.

Eine zusammenfassende Darstellung der Verwaltung der Sondersitzung der Stadtteilbeiräte vom 21.03.2017 liegt den Ausschussmitgliedern als Tischvorlage vor.

Fragen der Ausschussmitglieder werden beantwortet.

U. a. wird der geplante Standort grundsätzlich in Frage gestellt.

Frau Bühse und Frau Dannheiser stellen nachfolgenden **gemeinsamen Antrag von CDU- und SPD-Fraktion sowie BfB Neumünster**, über den Herr Westphal nach Diskussion abstimmen lässt.

Ziffer 1 bleibt wie bisher.

Ziffer 2 lautet wie folgt:

In die Stellungnahme der Stadt Neumünster sollen folgende Punkte mit aufgenommen werden:

Voraussetzung für die Inbetriebnahme des KV-Terminals ist die Fertigstellung der neuen Straße hinter dem Holstenhallengelände. Der Schwerlastverkehr soll diese ausschließlich als Zu- und Abfahrt nutzen. Der LKW-Verkehr soll nicht über die Max-Johannsen-Brücke zur Rendsburger Straße bzw. durch das Stadtgebiet geleitet werden.

Zusätzliche Schallschutzvorkehrungen sollen in Richtung Wohnbebauung Gartenstadt bzw. den östlichen Bereich zur Kieler Str. hin errichtet werden.

Es ist sicher zu stellen, dass nach der Inbetriebnahme des Terminals langfristig in regelmäßigen Abständen Lärmmessungen stattfinden. Das Ergebnis ist in geeigneter Form öffentlich bekannt zu geben.

Es ist sicher zu stellen, dass der gemeinsame Geh- und Radweg mit einer zweireihigen Baumreihe als „Grünverbindung“, entsprechend sicher entlang der Straßenverbindung in das Kleingartengelände geführt wird.

Es ist sicher zu stellen, dass eine ausreichend breite Zufahrt zu den südl. Grün- und Freiflächen (Parkplätze), ohne Verbindung zum KV-Terminal, hergestellt wird.

Die neu entstehende Brückenstraße ist grundsätzlich dem öffentlichen Verkehr freizugeben (Umfahrungsmöglichkeit Holstenhallen). Die Zaun- bzw. Lärmschutzwand ist am südl. Fahrbahnrand herzustellen, wobei eine Torzufahrt zum Multifunktionsplatz hinter der Holstenhalle zu gewährleisten ist.

Begründung:

Der Antrag ist das Ergebnis der gemeinsamen Sitzung der Stadtteilbeiräte Tungendorf, Gartenstadt und Stadtmitte und Sicherstellung einer fußläufigen Verbindung zum Kleingartengelände.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Damit ist der Antrag angenommen.

Frau Bühse und Frau Dannheiser stellen nachfolgenden **Ergänzungsantrag von CDU- und SPD-Fraktion sowie BfB Neumünster:**

Die Verwaltung wird beauftragt unverzüglich die Planung für die neue Straße hinter dem Holstenhallengelände aufzunehmen. Soweit es möglich ist, sind die Brachflächen der Kleingärten Eisenbahn zu ermitteln und darzustellen, in welchen Bereichen sie liegen.

Die Stadt wird beauftragt, die Kaufverhandlungen mit dem Eigentümer der Flächen Grün- und Freiflächen, Stellplätze und Veranstaltungen zu forcieren. Gleichzeitig sind etwaige Fördermittel für das Sanierungsgebiet zu beantragen.

Begründung:

Durch die Erweiterung der Serviceeinrichtung im Güterbahnhofsbereich zum KV-Terminal besteht die Chance das Sanierungsgebiet Messeachse voran zu bringen. Der erste Schritt wäre getan. Weitere müssen folgen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Damit ist der Antrag angenommen.

Sodann lässt Herr Westphal über den Antrag als Ganzes abstimmen:

Beschluss:

1. Der Inhalt des Planfeststellungsverfahrens nach § 18 Allgemeines Eisenbahngesetz (AEG) für die Erweiterung der Serviceeinrichtung im Güterbahnhof Neumünster zum KV-Terminal (einschließlich Nachtbetrieb) mit Gleisanschluss an eine vorhandene Lok-Drehscheibe auf dem Gebiet der Stadt Neumünster steht den Planungszielen des Stadumbauebietes „Messeachse“ nicht entgegen.
- ~~2. Die Verwaltung wird beauftragt, eine entsprechende Stellungnahme gegenüber der Planfeststellungsbehörde abzugeben.~~
2. Voraussetzung für die Inbetriebnahme des KV-Terminals ist die Fertigstellung der neuen Straße hinter dem Holstenhallengelände. Der Schwerlastverkehr soll diese ausschließlich als Zu- und Abfahrt nutzen. Der LKW-Verkehr soll nicht über die Max-Johannsen-Brücke zur Rendsburger Straße bzw. durch das Stadtgebiet geleitet werden.

Zusätzliche Schallschutzvorkehrungen sollen in Richtung Wohnbebauung Gartenstadt bzw. den östlichen Bereich zur Kieler Str. hin errichtet werden.

Es ist sicher zu stellen, dass nach der Inbetriebnahme des Terminals langfristig in regelmäßigen Abständen Lärmmessungen stattfinden. Das Ergebnis ist in geeigneter Form öffentlich bekannt zu geben.

Es ist sicher zu stellen, dass der gemeinsame Geh- und Radweg mit einer zweireihigen Baumreihe als „Grünverbindung“, entsprechend sicher entlang der Straßenverbindung in das Kleingartengelände geführt wird.

Es ist sicher zu stellen, dass eine ausreichend breite Zufahrt zu den südl. Grün- und Freiflächen (Parkplätze), ohne Verbindung zum KV-Terminal, hergestellt wird.

Die neu entstehende Brückenstraße ist grundsätzlich dem öffentlichen Verkehr freizugeben (Umfahrungsmöglichkeit Holstenhallen). Die Zaun- bzw. Lärmschutzwand ist am südl. Fahrbahnrand herzustellen, wobei eine Torzufahrt zum Multifunktionsplatz hinter der Holstenhalle zu gewährleisten ist.

3. Die Verwaltung wird beauftragt unverzüglich die Planung für die neue Straße hinter dem Holstenhallengelände aufzunehmen. Soweit es möglich ist, sind die Brachflächen der Kleingärten Eisenbahn zu ermitteln und darzustellen, in welchen Bereichen sie liegen.

Die Stadt wird beauftragt, die Kaufverhandlungen mit dem Eigentümer der Flächen Grün- und Freiflächen, Stellplätze und Veranstaltungen zu forcieren. Gleichzeitig sind etwaige Fördermittel für das Sanierungsgebiet zu beantragen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Hauptausschuss Planungs- und Umweltausschuss

9 .	4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 116 "Industrie- und Gewerbegebiet an der Südumgehung" - Billigung des geänderten Entwurfes - Beschluss über Stellungnahmen - Satzungsbeschluss Vorlage: 0935/2013/DS
-----	--

Fragen der Ausschussmitglieder werden durch die Verwaltung beantwortet.

Beschluss:

1. Die nach der öffentlichen Auslegung des Planentwurfes vorgenommenen Änderungen am Entwurf werden gebilligt.
2. Die Ratsversammlung hat die während der öffentlichen Auslegung und der verkürzten öffentlichen Auslegung vorgebrachten Stellungnahmen geprüft und stimmt den Einzelanträgen gemäß der beiliegenden Übersicht zu. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, diejenigen Träger öffentlicher Belange und Institutionen, die Stellungnahmen vorgebracht haben, von dem Ergebnis mit Angabe der Gründe in Kenntnis zu setzen.
3. Die Ratsversammlung beschließt aufgrund des § 10 Baugesetzbuch (BauGB) in der Fassung vom 23. September 2004 (BGBl. I S. 2414), zuletzt geändert durch Artikel 6 des Gesetzes vom 20. Oktober 2015 (BGBl. I S. 1722) die 4. Änderung des Bebauungsplanes Nr. 116 „Industrie- und Gewerbegebiet an der Südumgehung“ für folgende Teilgebiete in den Stadtteilen Wittorf und Gadeland, bestehend aus der Planzeichnung (Teil A), dem Text (Teil B) und dem gesonderten Text (Teil C), als Satzung:

Teilgebiet 1

zwischen Donaubogen, Südumgehung, Jugendarrestanstalt Moltsfelde und Hartwigswalder Au,

Teilgebiet 2

zwischen Südumgehung, den Gewerbegrundstücken westlich des Donaubogens und Russengraben und

Teilgebiet 3

zwischen Altonaer Straße, Hartwigswalder Au und Russengraben

4. Die Begründung einschließlich Umweltbericht wird gebilligt; Umfang und Detaillierungsgrad der Ermittlung umweltrelevanter Belange (Umweltprüfung) werden gemäß § 2 Abs. 4 Satz 2 BauGB bestätigt.
5. Die zusammenfassende Erklärung gemäß § 10 Abs. 4 BauGB wird gebilligt.
6. Der Oberbürgermeister wird beauftragt, den Beschluss über den Bebauungsplan nach § 10 Abs. 3 Baugesetzbuch (BauGB) ortsüblich bekanntzumachen. Dabei ist auch anzugeben, wo der Plan, die Begründung und die zusammenfassende Erklärung eingesehen werden können.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

10 .	Umsetzung des Innenstadtkonzeptes - Umsetzungsbericht Vorlage: 0936/2013/DS
------	---

Bezüglich der Lütjenstraße berichtet Herr Heilmann auf Nachfrage, dass aktuell Gespräche mit den Eigentümern geführt würden.

Herr Michaelis merkt bezüglich der Punkte 9., 11 a), 11 b), 11 c), 11 d) sowie 15. an, dass diese sich nunmehr umsetzen ließen oder wie z. B. Punkt 9. sich erledigt hätten.

Beschluss:

Der Umsetzungsbericht der Verwaltung wird zur Kenntnis genommen.

Abstimmungsergebnis:

Ja-Stimmen: 9
Nein-Stimmen: 0
Enthaltung: 0

Endg. entsch. Stelle: Planungs- und Umweltausschuss

11 .	Änderung der Straßenbaubeitragssatzung der Stadt vom 07.06.2012 - Beschlüsse der Ratsversammlung vom 26.04.2016 (Vorlagen 0270/2013/An und 0275/2013/An) Vorlage: 0803/2013/DS
------	--

Beschluss:

1. Die anliegende Satzung der Stadt Neumünster über die Erhebung von Beiträgen für die Herstellung, den Ausbau, den Umbau und die Erneuerung von Straßen, Wegen und Plätzen (Straßenbaubeitragssatzung) wird beschlossen.
2. Die weiteren Ausführungen im Hinblick auf die Beschlüsse der Ratsversammlung vom 26.04.2016 (Vorlagen 0270/2013/An und 0275/2013/An) werden zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende regt an, aufgrund andauernder interfraktioneller Gespräche in der Sache kein Votum herbeizuführen.

Abstimmungsergebnis: *Kein Votum durch den Ausschuss*

Ja-Stimmen: ---

Nein-Stimmen: ---

Enthaltung: ---

Endg. entsch. Stelle: Ratsversammlung

12 .	Dringliche Vorlagen
------	---------------------

Es liegen keine dringlichen Vorlagen vor.

13 .	Mitteilungen
------	--------------

Frau Spieler weist auf die Aktion „Stadtradeln in Neumünster vom 5. – 25.05.2017“ hin und bittet die Ausschussmitglieder sich insbesondere die Termine am 06.05.2017 und 10.05.2017 vorzumerken.

Frau Spieler kündigt für die folgende Sitzung (01.06.2017) eine Vorlage zum Thema „Wohnraumversorgungskonzept“ an.

Frau Spieler weist auf den „Tag der Städtebauförderung“ am 13.05.2017 hin, der im Vicelinviertel Anscharstraße 8 / 10 stattfindet.

13.1 .	Verzeichnis der Straßenkategorien in Neumünster (Hauptverkehrsstraßen, Haupteerschließungsstraßen, Anliegerstraßen) und Übersicht zu den Anregungen der Stadtteilbeiräte zu diesem Verzeichnis Vorlage: 0436/2013/MV
--------	---

Fragen der Ausschussmitglieder werden durch die Verwaltung beantwortet.

Herr Kubiak sagt mehr Transparenz im Umgang mit diesem komplexen Thema zu. Weitere Informationen zur Beitragspflicht seien in Vorbereitung.

Nach weiterer intensiver Diskussion schlägt Herr Westphal Folgendes vor.

Die Verwaltung wird gebeten, spätestens bis zur folgenden Sitzung am 01.06.2017, bestenfalls bis zur folgenden Ratsversammlung eine Übersicht zu erstellen, aus der ersichtlich ist, welche Entscheidungsmerkmale den einzelnen Kategorien zuzuordnen sind.

13.2 .	Teilfortschreibung des Landesentwicklungsplanes Schleswig-Holstein 2010 und Teilaufstellung der Regionalpläne für die Planungsräume I bis III (jeweils Sachthema Windenergie) - Beteiligungsverfahren gemäß § 5 Abs. 5 - 7 Landesplanungsgesetz (LaPlaG) Vorlage: 0421/2013/MV
--------	--

In der Diskussion stellt sich die Frage, ob man angesichts der geplanten und angedachten „Anlagen um Neumünster herum“ naturschutzrechtliche Belange im Beteiligungsverfahren ins Feld führen könne.

Die Verwaltung sieht ebenfalls – insbesondere in den Stadtteilen Einfeld und Tungendorf – eine besondere Belastung und wird alle Möglichkeiten im Beteiligungsverfahren ausschöpfen.

13.3 .	Fortschreibung des Landesweiten Radverkehrsnetzes Vorlage: 0435/2013/MV
--------	--

Kenntnisnahme durch den Ausschuss.

gez. Axel Westphal
(Ausschussvorsitzender)

gez. Heinz Peters
(Protokollführer)